

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der **Wechselkurs des Euro** gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,00 US-Dollar/Euro. Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft geht im zweiten Halbjahr 2022 aufgrund der hier deutlich steigenden Energiekosten zurück. Der **Welthandel** (Güter) dürfte im Jahr 2022 um 4%, im folgenden Jahr um 1½% und im Jahr 2024 um knapp 3% zunehmen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren **Hauptrefinanzierungssatz** bis zum Frühjahr 2023 auf 2% anheben wird.

Der **Preis für Erdöl** der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2022 bei 102,70 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei 91 Dollar und im Jahr 2024 bei 84 Dollar. Der **Durchschnittspreis für Erdgas**, den private Haushalte zu zahlen haben, steigt von gegenwärtig (Anfang September) etwa 15 Cent je Kilowattstunde auf 30 Cent im Sommer 2023 und bleibt danach konstant. Zu einer Rationierung von Erdgas kommt es nicht.^{K1}

Über den Fortgang der **Pandemie** wird angenommen, dass sie die Wirtschaft in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2022 und im Jahr 2023 nur noch indirekt über die Effekte von Lockdown-Maßnahmen in China beeinträchtigt.

Für den **Krieg in der Ukraine** ist unterstellt, dass er sich nicht ausweitert, der Konflikt aber im Prognosezeitraum – als militärische Auseinandersetzung oder eingefroren – fortbesteht. Die verhängten Sanktionen bleiben bestehen, zu neuen Flüchtlingswellen kommt es nicht.

Die **Finanzpolitik** ist im Jahr 2022 in etwa konjunkturneutral ausgerichtet. Einerseits werden die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufgelegten, expansiven finanzpolitischen Maßnahmen, in erster Linie die Unternehmenshilfen, Unterstützungen für den Gesundheitssektor, die Ausweitung monetärer Transfers und die Ausgaben für die Impfkampagne, deutlich zurückgehen. Dem stehen jedoch die im Zuge des Anstiegs der Energiepreise ergriffenen Maßnahmen der Entlastungspakete gegenüber. Zu nennen sind hier insbesondere die Energiepreispauschale, die temporäre Senkung der Energiesteuer, die rückwirkende Erhöhung des Grundfrei- und Arbeitnehmerpauschbetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2022 oder die Einmalzahlungen an Rentner und Studierende. Zudem gehen die temporären Mehrwertsteuersenkungen in der Gastronomie und beim Erdgas für sich genommen mit steuerlichen Mindereinnahmen einher. Auch stellt der Staat Zuschüsse für energieintensiv produzierende Unternehmen bereit. Darüber hinaus werden Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen und in die Landesverteidigung ausgeweitet. Schließlich ergeben sich Mehrausgaben bei den Sozialversicherungen, etwa durch die Einführung der Grundrente und durch die Pflegereform.

Im Jahr 2023 schwenkt die Finanzpolitik nach jetzigem Stand auf einen restriktiven Kurs ein. Zwar wirken dann ein Großteil der Maßnahmen des dritten Entlastungspakets sowie Änderungen bei der Rentenbesteuerung expansiv, und die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas wirkt erstmals ganzjährig. Auch dürfte der Staat seine Investitionen in die Landesverteidigung und den Klimaschutz nochmals ausweiten. Ein Großteil der Maßnahmen aus den ersten beiden Entlastungspaketen wird dann aber annahmegemäß entfallen, und die coronabedingten Maßnahmen laufen aus. Zudem werden der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2023 steigen. Im Jahr 2024 wirken die diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen nach jetzigem Stand erneut leicht restriktiv. Dabei ist unterstellt, dass die Corona-bedingten Maßnahmen bis dahin ausgelaufen sind und weitere Maßnahmen zur Abfederung der derzeit hohen Energiepreise entfallen. Der restriktive Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen beläuft sich im Jahr 2023 auf 0,7% und im Jahr 2024 auf ungefähr 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

^{K1} Diese Annahme entspricht der Prognose aus *Kalkuhl, M.; Amberg, M.; Bergmann, T.; Knopf, B.; Edenhofer, O.: Gaspreisdeckel, Mehrwertsteuersenkung, Energiepreispauschale – Wie kann die Bevölkerung zielgenau und schnell entlastet werden? Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Arbeitspapier, 29.08.2022.*